

## Symbolische Wahl

Schwer empört zeigten sich jüngst Bischöfe und Opposition über die Aussage des Schulsekretärs, dass diejenigen, die Ethik als gemeinsames Unterrichtsfach abschaffen wollen, die Integration der Menschen unterschiedlicher Herkunft gefährden. Doch hat er damit so unrecht?

Sicher, das friedliche und respektvolle Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft lässt sich nicht allein über einen gemeinsamen Ethikunterricht herbeiführen. Doch er ist ein wichtiger Beitrag und bietet eine Chance, das zu befördern. Die Kirchen und die Initiative Pro Reli wollen diese Chance ausschlagen. Sie sehen darin eine Hürde für die religiöse Unterrichtung der Jugend, die sie als höherwertig einstufen.

Doch genau diese Haltung beschreibt das größte Hindernis für einen echten Integrationsprozess. Statt aufeinander zuzugehen, werden Reviere abgesteckt. Doch Integration funktioniert nicht, wenn jeder sich auf die Bestellung des eigenen Ackers zurückzieht. Integration funktioniert nur gemeinsam, mit Offenheit und auch Neugier. Das will der Ethikunterricht befördern.

Und deshalb geht es am 26. April auch nicht um die freie Wahl zwischen Ethik und Religion, sondern darum, ob wir Gemeinsamkeit in der Stadt voranbringen wollen oder für den Rückzug in die eigenen Nischen stimmen. Darin liegt die Symbolik. Lassen Sie uns daher mit einem NEIN zu Pro Reli ein klares Signal FÜR ein besseres Miteinander in der Stadt geben.

■ Klaus Lederer, Mda, Landesvorsitzender



Foto: istockphoto.com/Chris Schmidt

**Ethik** – Ein Unterrichtsfach, das verbindet.

## Unser Weg zur Schule für alle und mit allen

Wie kein zweites Thema bestimmt die Schulpolitik die Debatten und das Handeln der Linksfraktion in diesem Jahr. Es geht um Struktur- und Ausstattung- und natürlich um inhaltliche Fragen. Und es kommt nicht von ungefähr, dass sich DIE LINKE auf ihrem nächsten Landesparteitag, am 28. März, intensiv damit befassen wird. Tag für Tag sind die Zeitungen gefüllt mit Beiträgen über die Schulreform, den Volksentscheid zum Religionsunterricht oder die bessere Bezahlung von Lehrern. Die lässt sich Berlin immerhin gut 20 Millionen Euro mehr kosten. Außerdem wird es mehr Referendariats- und mehr Studienplätze geben. Vom erfolgreichen Start der ersten Gemeinschaftsschulen ist ebenso zu lesen wie von Schulleitern, die sich nicht vorstellen können, dass es Zugangskriterien zum Gymnasium braucht, damit keine weitere soziale Auslese stattfindet. Auch beim Konjunkturprogramm nimmt die energetische Sanierung von Schul- und Sportstätten einen breiten Raum ein.

Unsere Fraktion hat sich zuletzt viele Wochen intensiv mit dem Gesetz zur Schaffung einer automatisierten Schülerdatei auseinandergesetzt. Das war wichtig, weil sich beim Datenschutz DIE LINKE zum verantwortungsvollen und sensiblen Umgang verpflichtet fühlt. Weil wir Daten brauchen, um die Schulen genauer, auch nach sozialen Kriterien, mit Lehrern oder

Sozialarbeitern ausstatten zu können. Weil wir aber auch finden, dass dafür auch reicht, wenn die meisten Daten in anonymisierter Form erhoben werden und nur an der Schule bekannt sind. Wir haben erfahren, dass vielerorts datenschutzrechtlich unhaltbare Zustände existieren. Dass die gleichen Rechner, an dem Schulsekretärinnen private Daten von Schülern aufgelistet haben, auch genutzt werden, um Mathehausaufgaben zu machen. Die vielen Debatten in der Fraktion und in der Partei blieben nicht ohne Wirkung: Aus Sicht des Datenschutzbeauftragten ist durch das Agieren der LINKEN ein gutes Gesetz entstanden. Mit intensiven Diskussionen wird es weitergehen. Dabei wollen und müssen wir deutlich machen, für welches schulpolitische Gesamtkonzept DIE LINKE in Berlin steht, welche Schritte sich bis zum Ende der Legislaturperiode verwirklichen lassen und welche Perspektive wir, hin zu einer Schule für alle, über 2011 hinaus sehen. Auch wenn manche Details dabei noch nicht geklärt sind, fest steht schon heute: Es wird kein einfacher Weg sein und wir werden ihn nur gehen können, wenn es gelingt, die Stadt dabei mitzunehmen.

■ Carola Bluhm, Mda,  
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE  
im Berliner Abgeordnetenhaus

## Thema:

### Bund klagt wegen Wohnkosten

Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus kritisiert, dass die Bundesregierung gegen das Land Berlin Klage wegen angeblich überhöhter Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger eingereicht hat. Das Land solle rückwirkend für eine Regelung bestraft werden, die sozialpolitisch sinnvoll war. So hatte Berlin 2005 festgelegt, dass die Höhe der Wohnkosten für ALG-II-Bezieher erst ein Jahr nach Beginn des Leistungsbezugs auf Angemessenheit zu überprüfen ist. Berlin musste diese Regelung, da sie rechtlich umstritten war, 2008 ändern und eine Halbjahresfrist einführen. Dass die bis dahin geltende Jahresfrist zu finanziellen Mehrausgaben geführt haben soll, hält die Fraktion DIE LINKE für nicht erwiesen. Die vom Bund geforderte Erstattungssumme basiere auf Schätzungen. Zudem werde versucht, Berlin für eine Regelung zu sanktionieren, auf die der Bund selbst verzichtet habe.

### Senat mit „Klimaschutz“ im Internet

Ein neues Informationsangebot zum Thema „Klimaschutz“ präsentiert die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Internet. Ob Berliner Klimaschutzpolitik, Klimawandel oder konkrete Tipps zum Energiesparen – die Nutzerinnen und Nutzer finden hier viele interessante und nützliche Auskünfte. Neu ist auch die Möglichkeit, seinen eigenen „Kohlenstoff-Fußabdruck“ zu berechnen. So kann man erfahren, wie viel man selbst durch Mobilität, Strom- und Heizenergieverbrauch zum globalen Treibhauseffekt beiträgt.  
<http://www.berlin.de/rubrik/politik-und-verwaltung/>

### Neues Infomaterial zum ÖBS

Die Zahl öffentlich geförderter Jobs in Berlin ist weiter gestiegen, neue existenzsichernde Arbeitsplätze werden hinzukommen. Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat dazu ein neues Faltblatt herausgegeben. Das Material mit dem Titel „Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern“ ist in der Fraktion und im Landesvorstand erhältlich.

## DIE LINKE bleibt dabei: Länger gemeinsam lernen

### Schulreform auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule

Mit der Einführung der ersten Gemeinschaftsschulen in Berlin hat DIE LINKE die Diskussion in der Stadt um Chancengleichheit im Bereich der Bildung in Gang gebracht. Für den großen Sprung vom dreigliedrigen Schulsystem zur flächendeckenden Einführung der „Schule für alle“, die auf Auslese verzichtet und individuell fördert, gibt es aber derzeit keine gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheit.

Gleichwohl geht es in dieser Legislaturperiode darum, die integrativen Elemente in allen Schulen zu verstärken und insbesondere den Schülerinnen und Schülern der als Schulform gescheiterten Hauptschule wieder eine Perspektive zu geben. Bildungssenator Jürgen Zöllner hat vorgeschlagen, nach der Grundschule die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen ab 2010/11 in einer Schulform zusammenzuführen, die den Arbeitstitel „Sekundarschule“ trägt. Diese Schule soll eine integrativ arbeitende Schule sein, die zu allen Schulabschlüssen, einschließlich des Abiturs führt. Das Gymnasium soll als eigenständige Schulform erhalten bleiben. Die LINKE wird jeden Schritt der Weiterentwicklung der Schulstruktur in Berlin daran messen, ob damit mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur geführt werden und die Schulabbrecherquote gesenkt wird. Vor allem wollen wir, dass die soziale Herkunft nicht

mehr über den Bildungserfolg entscheidet. Die Sekundarschule muss also eine dem Gymnasium gleichwertige Schule werden, die sowohl Startschwierigkeiten bei Kindern ausgleicht als auch Spitzenleistungen fördert. Wir wollen einer sozialen Ausdifferenzierung zwischen Gymnasium und Sekundarschule entgegenwirken. Außerdem wird es mit der LINKEN keine unterfinanzierte Bildungsreform geben.

Die geplante Schulreform darf also nicht in der bildungspolitischen Sackgasse der Zweigliedrigkeit steckenbleiben. Deshalb muss die Pilotphase Gemeinschaftsschule weiter ausgebaut werden. Weitere Schulen sollen sich auch zu Gemeinschaftsschulen entwickeln können, in denen Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse bzw. bis zum Abitur gemeinsam lernen. Wir wollen, dass es künftig an den Berliner Schulen kein Probehalbjahr und kein „Abschulen“ sowie an den Sekundarschulen kein Sitzenbleiben mehr gibt. Wenn es außerdem gelingt, die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in nach Leistungen differenzierte Gruppen zu überwinden, dann setzen wir wesentliche, integrativ wirkende Elemente der Gemeinschaftsschule schon jetzt in Berlin um.

■ Steffen Zillich, MdB,  
Bildungspolitischer Sprecher der  
Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus



**Girls' Day auch 2009** Senat, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Unternehmerverbände und Arbeitsagentur rufen zum Mädchen-Zukunftstag am 23. April auf. Ziel ist, das Berufswahlspektrum von Mädchen zu erweitern und den Beschäftigungsanteil von Frauen in wichtigen Berufsfeldern zu steigern. Weit über 40 000 Mädchen haben bisher in Berlin von diesem bundesweit größten und vielfältigsten Berufsorientierungstag profitiert. 2008 haben 8 387 Schülerinnen an 452 Veranstaltungen teilgenommen. Damit erreichte der Girls' Day erstmals jede zehnte Schülerin in Berlin. Weitere Informationen und Tipps zur Anmeldung: [www.berlin.de/sen/frauen/oeff-raum/girlsday/](http://www.berlin.de/sen/frauen/oeff-raum/girlsday/)

ND-Foto: Burkhard Lange



Foto: Carsten Schütz

**GEH DENKEN** Mit einem Sternmarsch durch Dresden haben Tausende Menschen am 14. Februar gegen einen der größten Nazi-Aufmärsche in der Bundesrepublik protestiert. Mit dabei auch Mitglieder der LINKEN aus Berlin. Rechts-extreme aus ganz Europa wollten wie in den Vorjahren die Erinnerung an die Bombardierung Dresdens vor 64 Jahren missbrauchen. Doch angesichts der Vorfälle an einer Thüringer Autobahnraststätte bleibt nur als Fazit zu ziehen: Nächstes Jahr müssen wir mehr sein, um dem braunen Spuk Einhalt zu gebieten. Und: Neonazismus muss überall konsequent bekämpft werden.

## Zu klein, zu ungerecht, zu spät – Aber Berlin handelt!

### Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung

Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier glauben eine Antwort auf die Wirtschaftskrise gefunden zu haben. Nach langem Zögern haben CDU/CSU und SPD ein 50 Mrd. Euro schweres Konjunkturprogramm II (K2) beschlossen. Dies lohnt eine genauere Betrachtung. Zwar ist das kommunale Investitionsprogramm sinnvoll, aber zu klein. Und viele weitere Maßnahmen sind konjunkturell wirkungslos und obendrein sozial ungerecht. Die Steuersenkungen werden so gut wie keine positiven Auswirkungen auf die Konjunktur haben, kosten die öffentlichen Haushalte rund neun Milliarden Euro pro Jahr und sind obendrein sozial ungerecht. Statt besonders die Spitzenverdiener zu entlasten, wäre es richtig gewesen, sie über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Gegenfinanzierung heranzuziehen. Zudem sollen die Maßnahmen erst ab Mitte des Jahres in Kraft treten. Das ist zu spät. Denn so geht das Land im ersten Halbjahr ohne konjunkturelle Gegensteuerung völlig ungebremst in den Abschwung. Außerdem fehlt in dem Paket der Schutzschirm für die abhängig Beschäftigten und die sozial Benachteiligten, z.B. durch eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Beides würde sofort helfen. Menschen mit niedrigem Einkommen können das Geld nicht aufs Sparbuch tragen, sondern geben es aus.

Auch wenn eine Landesregierung die Folgen der Wirtschaftskrise nicht an Berlin vorbeiführen kann, so tun LINKE und SPD in Berlin, was sie

können. So hat der Senat schon vor der Bundesregierung gehandelt und bereits im Dezember beschlossen, die Ausgaben für die Schulsanierung für 2009 um 50 Mio. Euro zu erhöhen. Das ist nicht nur eine Antwort auf die Krise, sondern auch eine echte Investition in die Bildung. Aber auch auf das Bundesprogramm hat sich Rot-Rot – trotz inhaltlicher Kritik daran – gut vorbereitet und neben der Umsetzung und Mitfinanzierung der Programme der Bundesregierung für Investitionen in Bildung und die kommunale Infrastruktur eigene Akzente gesetzt. So werden die Ausgaben so ausgerichtet, dass zugleich deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt werden. Und besonders wichtig sind uns 18 zusätzliche Mio. Euro für die Arbeitsmarktpolitik, die für Qualifizierung und Beratung, Flankierung der Kurzarbeit und für die Ausweitung der Programme für berufliche Bildung und den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) eingesetzt werden sollen. Der Senat hat einen Nachtragshaushalt beschlossen, mit dem sich Berlin nach zwei ausgeglichenen Haushalten wieder neu verschulden muss. Damit wird auch deutlich, dass verfassungsrechtliche Schuldenverbote völlig falsch sind. Eine gerechte Steuerpolitik ist die beste Schuldenbremse! Und wenn gehandelt werden muss, dann handelt die LINKE.

■ *Stefan Liebich, MdA,  
Bewerber der LINKEN für das Direktmandat zum  
Deutschen Bundestag im Wahlkreis 77, Pankow*



Die NATO wird im April 2009 in Straßburg und Baden-Baden ihren 60. Jahrestag feiern. Sie will dort ein neues strategisches Konzept für einen globalen Militärpakt verabschieden, das weiterhin der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den USA und ihren Verbündeten den Zugang zu den Energie- und Rohstoffvorräten der Welt sichern soll. DIE LINKE sagt Nein zur NATO.

### 5 Gründe gegen die NATO

1. Die NATO führt Krieg in Afghanistan und Irak.
2. Die NATO-Osterweiterung bringt neue Kriegsgefahr.
3. Die NATO heizt die Rüstungsspirale an.
4. Bush-Politik auch mit Obama.
5. NATO-Option für Atomwaffeneinsatz.

Ein Bündnis aus Friedensbewegung, französischen Gewerkschaften, linken Parteien, Attac und vielen mehr ruft für Anfang April zu einer Woche des Protestes auf. Mehrere Zehntausend werden erwartet.

DIE LINKE ruft dazu auf, sich an den vielfältigen Protesten in Straßburg und Baden-Baden zu beteiligen. Argumente und Informationen zu den NATO-Protesten, Fahrtmöglichkeiten usw. unter [www.no-to-nato.org](http://www.no-to-nato.org)

Weitere Informationen über die Positionen, Debatten, Aktivitäten und Materialien der LINKEN zur NATO im Internet unter [www.die-linke.de/nein\\_zur\\_nato](http://www.die-linke.de/nein_zur_nato)

DIE LINKE Berlin wird erneut einen Bus chartern, der am 4. April zur internationalen Demonstration in Straßburg fährt. Anmeldung: [www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)

## Termine:

10. März 2009

Reihe „Vielfalt sozialistischen Denkens“

**Völker hört die Signale!**

**Zum 90. Jahrestag der  
Kominterngründung 1919**

Referenten: Dr. Wladislaw Hedeler und Peter

Heyl. Moderation: Prof. Dr. Harald Neubert

Gemeinsame Veranstaltung von „Helle Panke“

und Akademie Verlag Berlin

Eintritt: 1,50 Euro

19 Uhr, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

11. März

AK Linke Metropolenpolitik: Stadtgespräche

**Demokratische Kontrolle  
öffentlicher Unternehmen?**

Podiumsteilnehmer: Prof. Dr. Christina

Schaefer (FHTW Berlin), Axel Henschke

(Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, Stadtverord-

netenversammlung Frankfurt/Oder), Matthias

Ladstätter (Ver.di)

Moderation: Matthias Naumann (Universität

Hamburg) und Dr. Klaus Lederer (MdA, Lehrbe-

auftragter für Public Management)

Eintritt: 1,50 Euro. 19.30 Uhr, Turm des Hauses

Frankfurter Tor 9, 10243 Berlin

12. März

Veranstaltung des Landesverbands der LINKEN

Berlin anlässlich des 90. Jahrestages der Nie-

derschlagung der Novemberrevolution:

**Geschichte und Tradition in unserer Stadt.  
Die Märzereignisse 1919 im Lichte der Gegen-**

**wart**

18 Uhr, Theater an der Parkaue, Parkaue 29,

10367 Berlin (Lichtenberg)

17. März

**Obama zwischen Weltwirtschaftskrise und New  
Deal – Die neue Agenda des Weißen Hauses**

Mit: Prof. Dr. Dick Howard, State University of

New York at Stony Brook, und Dr. Rainer Land,

Berliner Debatte Initial; Moderation: Dr. Erhard

Crome

18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-

Platz 1, 10243 Berlin

28. März: Demonstration

**Wir zahlen nicht für eure Krise**

Auftakt: 12 Uhr, Rotes Rathaus

(Karl-Liebknecht-Str./Spandauer Str.)

Abschlusskundgebung: 15 Uhr, Gendarmenmarkt

28. März

**2. Tagung des 2. Landesparteitages  
der LINKEN Berlin**

29. März

**Vertreter/innen-Versammlung zur Wahl  
der Landesliste für den Bundestag**

Beginn jeweils 10 Uhr im »andel's Hotel«,

Landsberger Allee 106 (S-Bhf. Landsberger

Allee), 10369 Berlin

## Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 24. 2. 2009

## Kalenderblatt:

### 4. März 1919

## Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern)

Die russische Februarrevolution 1917 übersetzte die Losung vom Bruch mit der bürgerlichen Richtung im Sozialismus in praktische Aufgabenstellungen. Unmittelbar nach der Rückkehr in die Heimat forderte Lenin in seinen »Aprilthesen« eine »Erneuerung der Internationale« und trat mit der »Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das Zentrum« hervor. Ende 1918 entstanden kommunistische Parteien in Deutschland, Finnland, den Niederlanden, Österreich, Ungarn und Polen.

Der Rat der Volkskommissare unterstützte den linken, internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung mit allen notwendigen, darunter auch finanziellen Mitteln. Nachdem die Führung der englischen Labour Party den Sozialisten aller Länder den Vorschlag unterbreitet hatte, zum 6. Januar 1919 eine internationale sozialistische Konferenz zur Wiederherstellung der Zweiten Internationale einzuberufen, ließ die Reaktion aus Moskau nicht lange auf sich warten.

Der neuen Internationale – lautete Lenins Forderung – sollten nur jene Parteien angehören, die »für die sozialistische Revolution jetzt« eintraten. Die aus seiner Sicht bedauerliche deutsche Erfahrung veranlasste ihn, die prinzipielle Anerkennung der Sowjetmacht als einzig möglichen Typus der Macht einzufordern. Dieser Typus der Sowjetmacht war höher und dem Sozialismus näher als der bürgerliche

Parlamentarismus. Zum 2. März wurde im Kreml eine internationale Beratung einberufen, an der 52 Delegierte teilnahmen. Der Volkskommissar für Auswärtiges, der in Lenins Auftrag den Kongress vorbereitete, polemisierte vergeblich gegen die im Aufruf zum Ausdruck kommende Reduzierung der von den Linken gesammelten Erfahrungen auf die der Bolschewiki. Außerordentlich wichtig ist Tschitscherins Bemerkung, dass der Typus der Sowjetmacht nicht der einzige sei, mit dem man in künftigen Revolutionen rechnen müsse. Eine Berücksichtigung dieser Perspektive hätte dazu beitragen können, die Tür zur Komintern für jene Parteien offen zu halten, die in den Kriegsjahren aus der offiziellen sozialistischen Bewegung ausgegrenzt worden waren. Nach kontroversen Debatten mit den wenigen aus dem Ausland nach Moskau durchgekommenen Delegierten konnte am 4. März die Gründung der Kommunistischen Internationale bekannt gegeben werden. Lenins Plan der Schaffung einer neuen, wahrhaft revolutionären Internationale war in Erfüllung gegangen.

■ Wladislaw Hedeler

W. Hedeler, A. Valtlin (Hrsg.): *Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokolle und neue Dokumente*, Akademie-Verlag Berlin 2008

**Man muss von Arbeit leben können. Frau auch.  
Ohne existenzsicherndes Einkommen keine Emanzipation**

### Podiumsdiskussion

**Mittwoch, 11. März 2009**

19.00 Uhr

ver.di Gewerkschaftshaus, Raum 6.05, Köpenicker Straße 30

Mit **Susanne Stumpfenhusen**, Landesbezirksleiterin von ver.di Berlin-Brandenburg und **Harald Wolf**, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Durch die Veranstaltung führt **Elke Breitenbach**, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin

Um Anmeldung wird bis zum 9. März 2009 gebeten:

elias@linksfraktion-berlin.de oder heidemarie.gerstle@verdi.de

**Jeder Tag ist Frauentag. Gleichwohl gelten allen Frauen in und außerhalb der LINKEN unsere besten Wünsche zum Internationalen Frauentag.**

